

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	19
A. Einleitung	23
B. Allgemeine Grundlagen des strafrechtlichen Bestimmtheitsgebots	32
I. Herkunft des strafrechtlichen Bestimmtheitsgebots – Geschichte	32
1. Germanisches und römisches Recht	33
2. Constitutio Criminalis Carolina	34
3. Entwicklung des gemeinen deutschen Strafrechts vom 16. bis zum 18. Jahrhundert	36
4. Codex Iuris Bavarici Criminalis	37
5. Aufklärung und französische Revolution	38
6. Die Kodifikationen des aufgeklärten Absolutismus	40
7. Die Französische Menschenrechtserklärung und das Code Pénal Napoleons	45
8. Der juristische Positivismus des 19. Jahrhunderts	46
a) Feuerbach und das bayerische StGB von 1813	47
b) Das Preußische StGB von 1851	52
c) Verfassungen und Strafgesetze der Einzelstaaten im 19. Jahrhundert	53
d) Das RStGB von 1871	55
9. Die Weimarer Reichsverfassung	58
10. Die Zeit des Nationalsozialismus	61
II. Verankerung und Gewährleistung des Bestimmtheitsgebots in der Gegenwart	65
1. Grundgesetz und Strafgesetzbuch (1975)	65
2. Herleitung eines Bestimmtheitsgebots aus Art. 103 II GG	66
3. Das Bestimmtheitsgebot ist keine reine Formvorschrift	71
4. Das Bestimmtheitsgebot in internationalen Regelungen	76
5. Völkerstrafrecht und VStGB	79

III. Begründung des Bestimmtheitsgebots	81
1. Der Staatsvertrag und die Individualfreiheit	82
a) Klassische neuzeitliche Vertragstheorien: Hobbes/ Locke/Rousseau	84
b) Kants Vertragskonzeption: Pflicht und Autonomie	90
c) Renaissance des Vertrags: Rawls' Kontraktualismus und Auswertung	93
d) Bestimmtheit und verfassungsrechtliche Einbindung politischer Herrschaft	98
2. Konkretisierung des Rechtsstaatsprinzips durch das Bestimmtheitsgebot	100
3. Gewaltenteilung und Demokratieprinzip	103
4. Das Strafrecht als geschlossenes System: Der fragmentarische Charakter	111
a) Rechtsnatur des speziellen strafrechtlichen Bestimmtheitsgebots	116
b) Relativierung des Bestimmtheitsgebots durch Pönalisierungsgebote	119
c) Das Bestimmtheitsgebot als Optimierungsgebot	127
d) „Modernes“ Strafrecht und überindividuelle Rechtsgüter	137
e) „Funktionsfähigkeit der Kreditwirtschaft“ und „Umwelt“ als Beispiele legitimer überindividueller Schutzgüter	140
f) Vorverlagerung der Strafbarkeit und Unbestimmtheit	146
IV. Die Reichweite des Bestimmtheitsgebots	157
1. Bestimmtheitsgebot im Allgemeinen Teil des StGB	161
2. Tatbestandsmäßigkeit – Der Garantietatbestand	166
3. Geltung des Bestimmtheitsgebots für den Rechtfertigungsbereich	169
V. Zusammenfassung	172
C. Funktionen des strafrechtlichen Bestimmtheitsgebots	176
I. Tatbestandsbestimmtheit als Voraussetzung der Gesetzesbindung: Gesetzesvorbehalt und Abwehr richterlicher Willkür	177

II. Orientierungsfunktion: Berechenbarkeitsmaxime des Bestimmtheitsgebots	183
1. Begründung der Orientierungsfunktion	185
a) Das Schuldprinzip und die Unantastbarkeit der Menschenwürde	185
b) Die Grenze des straffreien Raums als Voraussetzung der Handlungsfreiheit	188
c) Die Generalprävention	190
d) Die Erkennbarkeit als generalisierte objektive Erkenntnismöglichkeit	192
2. Adressatenproblem und Anzweiflung der Orientierungsfunktion	193
a) Normcharakter des Strafgesetzes	195
aa) Die Strafgesetze sind als Bestimmungs- und Bewertungsnormen aufzufassen	196
bb) Die Ansicht: Strafgesetze beinhalten nur Bewertungsnormen	203
b) Orientierungstauglichkeit des Strafgesetzes	207
c) Das Strafgesetz ist Mittel eines Kommunikationsprozesses	212
3. Klarheit-Lesbarkeit und Verständlichkeit	218
III. Verhältnis zwischen Klarheit/Verständlichkeit und Bestimmtheit/Genauigkeit	234
IV. Zusammenfassung	238
D. Die Sprache des Strafgesetzes	240
I. Die Distanzerstellung als Besonderheit der Gesetzessprache	258
II. Bestimmtheit und Gesetzestechnik	264
1. Konkretisierung und Kasuistik	265
2. Generalisierung und Abstraktheit	268
3. Die Exemplifikationsmethode	270
4. Die Legaldefinition	273
III. Die dem Gesetz zugrundeliegenden Sprachkonventionen	278
1. Ist die Gesetzessprache eine Fachsprache im engen Sinne?	278
2. Die Adressatenorientierung der Gesetzessprache	285
3. Teleologische Umformung	287
IV. Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung und Relativität der Rechtsbegriffe	293

V. Zusammenfassung	311
E. Bedeutungstheoretische Grundlagen strafrechtlicher Bestimmtheit	315
I. Der frühe Rechtsformalismus: Strenger Determinismus	322
1. Rechtsetzungsmonopol und Urteilsfindung als logischer Prozess	323
2. Absolute Bestimmtheit als absolute Gesetzesbindung	328
3. Drost und die Theorie der unbestimmten Rechtsbegriffe	331
4. Zusammenfassung	336
II. Zeitgenössische juristische Methodenlehre: Optimierte Bestimmtheit	336
1. F. C. v. Savignys Hermeneutik	337
2. Zeitgenössische Methodenlehre	339
a) Rechtsfindung in zwei Schritten	340
b) Auslegungsregeln und Rangfolge	343
c) Die herausgehobene Bedeutung des Wortlauts im Strafrecht	347
d) Die gesetzgebundene Entscheidung des Strafrichters	349
e) Juristische Merkmalssemantik	354
f) Lexikalische Semantik und Ermittlung des „allgemeinen Sprachgebrauchs“	360
g) Möglicher Wortsinn und herrschender Sprachgebrauch: Intuitive Behandlung semantischer Ungewissheit	369
h) Unbestimmtheit: Vagheit/Mehrdeutigkeit	376
i) Sprachlich bedingte Relativierung des Bestimmtheitsgebots	383
3. Normative Begriffe und Tatbestandsmerkmale	390
a) Entdeckung der normativen Tatbestandsmerkmale durch M. E. Mayer	392
b) Deskriptive und normative Begriffe – Erkenntnis und Bekenntnis?	394
c) „Deskriptiv = bestimmt – normativ = unbestimmt“?	397
d) Die Unbestimmtheit der normativen Begriffe	401
e) Die Generalklausel	406
f) Wertausfüllungsbedürftige Tatbestandsmerkmale und Generalklauseln	412

g) Sittliche bzw. moralische Wertmaßstäbe und Rechtsanwendung	418
h) § 228 StGB: „Gegen die guten Sitten“	424
4. Zusammenfassung	435
III. Die hermeneutische Methodenlehre: Interpretenbezogene Bestimmtheit	438
1. Vorverständnis und hermeneutischer Zirkel	438
2. Die Erkennbarkeit vom Schutzzweck als Bestimmtheitskriterium	444
3. Die Zwar-Aber-Argumentation über Gesetzesbindung	447
4. Der Typusbegriff in der juristischen Hermeneutik	448
5. Die verfassungsorientierte Abgrenzung von Rechtsanwendung und -fortbildung	454
6. Zusammenfassung	457
IV. Logische Semantik und analytische Rechtstheorie: Unbestimmtheit als Problem der zweiwertigen Logik	458
1. „Semantik von <i>Ausdrücken</i> “ als Untersuchungsgegenstand der logischen Semantik	459
a) Wahrheitstheorie der Bedeutung: Intensionale und Extensionale Semantik	461
b) Die Konzeption der intensionalen Semantik in der analytischen Rechtstheorie: Extensionsfestlegende Funktion der Intension?	466
c) Heranziehung der formalen Logik: Bestimmtheit durch Formalisierung?	472
d) Intensionale und extensionale Vagheit – Unvollständigkeit der Definition	480
e) Intensionale und extensionale Vagheit in der analytischen Rechtstheorie	484
f) Partielle Interpretation und Drei-Kandidaten Modell	487
g) Feststellung und Festsetzung von Bedeutung: das Deduktivitätspostulat	491
2. Annäherungsversuche an das Vagheitsphänomen	495
a) Graduelle Vagheit und Randbereichunschärfe	495
b) Analytische Begriffstheorie: Quantifizierung und Komparativierung	499
c) Individuationsvagheit und Randbereichunschärfe (Anwendungsvagheit)	505
d) Kombinatorische Vagheit	507

e) Vagheit ontologisch oder sprachlich?	509
f) Vagheit epistemisch?	512
3. Von der semantischen Vagheit zu unterscheidende Phänomene	515
a) Abgrenzung der semantischen Unbestimmtheit von der durch Allgemeinheit bedingten Unbestimmtheit	515
b) Mehrdeutigkeit (Ambiguität)	518
c) Das Phänomen der lexikalisch-konzeptuellen Verschiebungen	522
d) Die evaluative Offenheit	523
e) Erfahrungswissen: Dispositionsprädikate und Prognosebegriffe	531
aa) Was macht ein Dispositionsprädikat aus	532
bb) Einführung von Reduktionssätzen und Induktion	534
cc) Erfahrungswissen und Risikoprognosebegriffe im Strafrecht	537
f) „Nichtauflösbarkeit“ bzw. Uninterpretierbarkeit	545
4. Zusammenfassung	547
V. Pragmatische und gebrauchsorientierte Bedeutungskonzeptionen: Abschied vom Präzisionsideal	550
1. Was eine Gebrauchstheorie der Bedeutung ist	551
2. Intentionalistische Sprechakttheorie	558
a) Intentionalistische Kommunikationstheorie	559
b) „Konversationsmaximen“ und „Kooperationsprinzip“	566
3. Die subjektive Auslegungstheorie als intentionalistische Bedeutungstheorie	570
a) Kommunikationstheoretischer Reanimierungsversuch der subjektiven Theorie	577
b) Mittel zur Ermittlung der gesetzgeberischen Zweckvorstellungen: Genetische und historische Auslegung	581
c) Die zeitliche Distanz zwischen Publikation und Anwendung des Gesetzes	591
d) Wer ist Subjekt des „Willens des Gesetzgebers“?	595
e) Heranziehung und Auswertung der Gesetzesmaterialien	603
4. Konventionalismus: Sprachkonventionen und Sprachregeln	611

5. Das sprachliche Handeln als regelgeleitete Aktivität	614
a) Regeln des sprachlichen Handelns	617
aa) Was Sprachregeln im Sinne Wittgensteins nicht sind	617
bb) Regress der Deutungen: Das Regelfolgen als Fähigkeit	620
cc) Gibt es Kriterien für den richtigen Sprachgebrauch?	625
b) Normativität der Sprachregeln und Normativität der Bedeutung	627
aa) Kripkes skeptische Lösung	630
bb) Bedeutung als Gebot der „normativen Wahrheit“?	634
cc) Normativität der Sprachkonventionen	638
dd) Dummetts Verifikationismus und das Verhältnis zwischen primärer und sekundärer Bedeutung nach Wittgenstein	642
ee) Sprachregeln: Konstitutiv und präskriptiv?	645
ff) Konstitutive Regeln und sprachliche Unbestimmtheit	651
gg) Die Sprache als Kalkül: Die Regel als interne Relation	653
hh) Normative Pragmatik und inferentielle Semantik (R. Brandom)	663
(1) Brandoms Modell der normativen Rationalität	665
(2) Eine radikal inferentielle Semantik ist nichtssagend	678
c) Bedeutungsvolle Wortverwendung ist nicht essentiell normativ	689
aa) Eine nicht-normative Deutung des linguistischen Fehlers	690
bb) Eine nicht-normative Deutung der Sprachregeln	695
6. Radikaler Bedeutungskeptizismus: Die Strukturierende Rechtslehre	703
a) Quines semantischer Skeptizismus	715
aa) Die These von der Unbestimmtheit der Übersetzung	716
bb) Die These von der Unerforschlichkeit des Bezugs	720
cc) Unterbestimmtheit von Theorien und Übersetzungsunbestimmtheit	723

b) Davidsons Holismus	729
aa) Davidsons UnbestimmtheitsThese: Radikale Interpretation	731
bb) Eine Tarski-inspirierte Interpretationstheorie	736
cc) Nachsichtigkeitsprinzip und analytische Theorie der Handlungssätze	740
dd) Davidsons Antikonventionalismus	746
7. Kontextabhängigkeit der Bedeutung und Vorrang der Satzbedeutung	757
a) Vorrang der Satzbedeutung	759
b) Auch das Wort hat Bedeutung	764
c) Kontextbezogene Gesetzesauslegung und – konkretisierung	769
8. Pragmatisch – kontextualistische Auswertung sprachlicher Vagheit	777
a) Regelveränderung und Bedeutungswandel	780
b) Schlechtbestimmtheit der – der Gesetzessprache zugrunde liegenden – natürlichen Sprache	786
c) Die sprachphilosophische Vagheitstheorie des Kontextualismus	793
d) Präzisierung aufgrund eines <i>Optimierungsprinzips</i>	798
e) Die taktische Unbestimmtheit der (Gesetzes)-Sprache	802
f) Unterscheidung zwischen semantischer und pragmatischer Vagheit	804
9. Zusammenfassung	806
VI. Typen – Stereotypen – Prototypen: Erfassung von Ähnlichkeitsrelationen	812
1. Wittgensteins Familienähnlichkeitentheorie und ihre Parallelen zu den rechtstheoretischen Typusgedanken	815
2. Stereotypensemantik und sprachliche Arbeitsteilung	818
a) „Starre Bezeichnung“ und „Indexikalität“	819
b) Sprachliche Arbeitsteilung und Stereotype	829
3. Kognitive Semantik	836
a) Prototypentheorie – Ursprüngliche Version	839
b) Die erweiterte Prototypentheorie	845
c) Frame-Semantik	849
aa) Konzeptualisierung und Vagheit in der Konzept-Theorie Barsalows	851
bb) Die Frame-Idee als Theorie der systematischen Verlinkung zwischen Wissensstrukturen	854

cc)	Dynamische „slot/filler“-Konzeption und Frame-Aktivierung	856
dd)	Der prototypische Charakter von Frames: Die „Illusion der Gleichheit“	862
ee)	Die neue Zielbestimmung einer Framesemantischen Interpretation	865
ff)	(Gesetzes-)Textverstehen als kognitiver Prozess	868
gg)	„Frame-Differenzierung“ und Diskursanalyse	872
hh)	Framekomplexität: Intertextualität und institutioneller Wissensrahmen	879
ii)	Empirische Diskursanalyse – Juristische Korpuspragmatik	885
4.	Die „fuzzy-Logik“: Ein Instrumentalisierungsversuch der Prototypikalität	900
5.	Zusammenfassung	905
F.	Das verfassungsrechtliche Gebot genügender Bestimmtheit	910
I.	Bestimmtheit und Einzelfallgerechtigkeit	923
1.	Bestimmtheit als absolute Forderung	924
2.	Abwägungsthese; insb.: Zeitbedingte Relativierung der Bestimmtheitsanforderungen	928
3.	Verfassungsentwicklung	938
II.	Bestimmtheit durch Arbeitsteilung?	943
1.	Das Verschleifungsverbot	944
2.	Gebot der Auslegungsbestimmtheit – Präzisierungsgebot	952
III.	Konkretisierung „weit gefasster Tatbestände“	974
1.	Tatbestandskorrektur durch sog. gesamttatbewertende Merkmale	976
2.	Korrektur weit gefasster Tatbestände durch Ausscheidung sozialadäquaten Verhaltens	984
3.	Restriktive Auslegung oder Reduktion?	1002
IV.	Die Rolle der Präjudizien	1008
1.	Bindung der Präjudizien?	1012
2.	Gefestigte Rechtsprechung	1014
3.	Faktische Bindungswirkung der Präjudizien	1021
4.	Rechtsprechung und Rückwirkungsverbot	1029
5.	„Prospective overruling“ – „von nun an“-Klausel	1039
6.	Publizität von Präjudizien als Rechtsnormen	1042

V. Zusammenfassung	1044
G. Zusammenfassung	1048
Literaturverzeichnis	1057
I. Monografien	1057
II. Artikel und Anmerkungen in Zeitschriften und Sammelbänden	1091
III. Kommentarliteratur und Gesamtdarstellungen	1186